

**Stellungnahmen der Ausschüsse und Ortsbeiräte zur Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 05.06.2013**

Wiedervorlagen aus den Ausschüssen – Vorlagen der Verwaltung

13/SVV/0110 Bebauungsplan Nr. 129 "Nördlich In der Ortsbeirat Eiche:
Feldmark" (OT Golm), Entscheidung zum einstimmige Zustimmung mit
weiteren Verfahren folgender Ergänzung des
Beschlussvorschlages um einen
Punkt:

Im Norden des Gewerbegebietes und in Verlängerung durch die anschließende Grünfläche ist eine öffentliche Straßenverkehrsfläche festzusetzen. Der nördlichste Abschnitt ist als Vorhaltetrasse für eine Straßenanbindung nach Norden in Richtung Bornim vorzusehen.

Ortsbeirat Golm:
Zustimmung 4:1:0 mit folgender
Ergänzung:

Erweiterung um einen Punkt 3:

Im Norden des Plangebietes ist die Vorhaltetrasse für Verkehrsfläche bis an die Plangrenze festzusetzen.

Ausschuss für Stadtentwicklung und
Bauen
Zustimmung 10:0:1 mit folgenden
Ergänzungen:

neu

2. Im Norden des Gewerbegebietes und in der Verlängerung durch die anschließende Grünfläche ist eine öffentliche Straßenverkehrsfläche festzusetzen. Der nördlichste Abschnitt ist als Vorhaltetrasse für eine Straßenanbindung nach Norden in Richtung Bornim vorzusehen. (Entspricht dem Votum des Ortsbeirates Eiche.)

alt 2. – wird neu 3.

4. Der OBM wird beauftragt, bis Oktober 2013 einen Entwurf für die nächsten planerischen Schritte vorzulegen, mittels derer eine Straßenverbindung vom Nordrand des Plangebietes B-Plan Nr., 129 zur B 273 Bornim entwickelt werden kann.

5. Die Gestaltung der öffentlichen Grünflächen im Bebauungsplan soll über einen landschaftsplanerischen Wettbewerb erfolgen, der parallel zum weiteren Bebauungsplanverfahren durchzuführen ist. In das Wettbewerbsverfahren einschließlich der Aufgabenstellung, sind sowohl die Anwohnerinitiative als auch die Eigentümer des Plangebietes auf geeignete Weise einzubeziehen. Das Wettbewerbsergebnis ist vor Abschluss des Bebauungsplanverfahrens im Ortsbeirat Golm und im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen vorzustellen.

13/SVV/0190 Verwaltungsgebührensatzung der Hauptausschuss (v. 24.04.13)
Landeshauptstadt Potsdam Zustimmung 10:0:3 mit folgender
Änderung:

Verwaltungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam, **einschließlich der Ergänzung im § 3 Abs. 1**
Punkt 2. Leistungen, für die nach gesetzlichen Vorschriften sachliche oder persönliche

Gebührenfreiheit angeordnet ist; hierzu zählen insbesondere Leistungen im Bereich der Sozialversicherung, der Sozialhilfe, der Kriegsopferversorgung, des Schwerbehindertengesetzes, des Heimkehrergesetzes sowie des Gesundheitswesens und besondere Leistungen zur Durchführung des Wehrpflichtgesetzes ... und des Unterhaltssicherungsgesetzes ...

Äa Fraktion SPD vom 08.05.2013

Ausschuss für Finanzen

Zustimmung 5:1:1 zu
Änderungsantrag der Fraktion SPD
vom 08.05.2012

Zustimmung 7:0:0 mit folgender
Änderung:

Der § 2 (4) wird gestrichen.

13/SVV/0231 Bebauungsplan Nr. 34-4 "Eichenallee / Grabenstraße" / Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen

Aufstellungsbeschluss sowie Beschluss zur Herauslösung aus dem Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans Nr. 34 "Katharinenholzstraße / Ribbeckstraße"

Zustimmung 11:0:0

13/SVV/0232 Werbesatzung, Teilbereich Innenstadt, Auslegungsbeschluss zur 1. Änderung / Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen

Zustimmung 10:0:1

Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

04.06.13

Hauptausschuss

Zustimmung 12:0:4

13/SVV/0242 Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke) Abwägung und Satzungsbeschluss / Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Zustimmung 10:0:1

Ortsbeirat Groß Glienicke:

Zustimmung 7:1:0

Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen (ff)

Zustimmung 9:1:1

13/SVV/0251 Entgeltordnung für die Entsorgung von Abfällen zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen (Gewerbeabfall) der Landeshauptstadt Potsdam / Ausschuss für Finanzen

Zustimmung 4:0:1

Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung (ff)

Zustimmung 11:0:0

13/SVV/0253 Satzung Entwicklungsbereich "Kramnitz"

**Ea Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
14.05.2013 mit folgendem Wortlaut:**

1. Der OBM wird beauftragt, in Vorbereitung der weiteren Planungsschritte für das Kasernengelände Kramnitz (insbesondere der Bauleitplanung) eine detaillierte Verkehrsauswirkungsanalyse durchzuführen. In Abstimmung mit dem MIL, dem Bezirksamt Spandau sowie weiterer betroffener Stellen ist ein belastbares Konzept für eine individuelle und öffentliche Verkehrsanbindung des Standortes Kramnitz in den Raum Potsdam-Berlin-Spandau zu erstellen. Dabei ist die Möglichkeit einer schienengebundenen Anbindung des Wohnortes zu prüfen und deren Machbarkeit auch in Hinblick auf die Kosten und die Finanzierung zu untersuchen.
2. Der OBM führt in Vorbereitung der weiteren Planungsschritte (insbesondere Bauleitplanung) eine detaillierte Prognoseuntersuchung über die Luftschadstoffe und Lärmauswirkungen durch, die durch die zusätzliche Nutzung in Kramnitz verursacht werden. Der OBM weist darin nach, dass die Luftschadstoffgrenzwerte der 39. BImSchV eingehalten werden und die gesundheitsrelevanten Lärmbelastungen entlang der B2 (innerhalb Potsdams) durch geeignete Lärmschutzmaßnahmen vermieden werden. Dieser Nachweis ist der Abteilung 5 des MUGV zur Prüfung vorzulegen. Erst nach Erfüllung der o. g. Arbeitsaufträge und Zustimmung durch die SVV kann der OBM mit der weiteren Bauleitplanung fortfahren.

Die vorgenannten Untersuchungsarbeiten werden öffentlich ausgeschrieben.
Der SVV ist über die Arbeitsergebnisse alle 3 Monate zu berichten.

Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen

Zustimmung 9:2:0 einschließlich des Ergänzungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Änderung der Berichterstattung wie folgt:

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen ist über die Arbeitsergebnisse alle 3 Monate zu berichten.

Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

04.06.13

Hauptausschuss

Zustimmung 14:0:2 einschließlich des Ergänzungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie einer Ergänzung mit folgendem Wortlaut:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen sowie der Ortsbeirat Fahrland sind halbjährlich über den Stand der Entwicklungsmaßnahme zu informieren.

Ortsbeirat Neu Fahrland

zur Kenntnis genommen

Die im Nachgang abgegebene Stellungnahme – siehe Anlage 1.

Ortsbeirat Groß Glienicke
einstimmige Zustimmung mit
folgender Änderung/Ergänzung:

Der Ortsbeirat Groß Glienicke stimmt dem Beschlussvorschlag unter folgenden Bedingungen zu:

1. Die Anbindung des neuen Stadtteils und auch von Groß Glienicke ist durch eine Verbesserung des ÖPNV, u. a. der Verdichtung von Taktzeiten im ÖPNV dringend zu verbessern.
2. Schädliche Auswirkungen durch die Erhöhung der Verkehrsmengen in der Ortslage von Groß Glienicke sind von der Stadtverwaltung durch Gutachten prognostisch zu untersuchen und je nach Entwicklungsstand des neuen Wohngebietes in Krampnitz fortzuschreiben.
3. Die Erkenntnisse der Gutachten und der Verkehrszählungen müssen von der Verwaltung ausgewertet und in konkrete Maßnahmen zum Lärm- und Immissionsschutz bzw. zur Verkehrsvermeidung umgesetzt werden.

und:
einstimmige Zustimmung zum
Ergänzungsantrag der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen vom
14.05.2013

Ortsbeirat Fahrland
Dem Ergänzungsantrag der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen vom
14.05.2013 wird einstimmig
zugestimmt.

Die Stellungnahme des Ortsbeirates
zur DS 13/SVV/0253 wird mit 6 Ja-
Stimmen und einer Stimmenthaltung
angenommen (siehe Anlage 2).

Über die DS 13/SVV/0253 wird nicht
abgestimmt

13/SVV/0266 Gründung einer Tochtergesellschaft der Hauptausschuss
ProPotsdam GmbH als Träger der Zustimmung 15:0:1 mit folgender
Entwicklungsmaßnahme Krampnitz Ergänzung:

...
Die Gesellschaft erhält einen Aufsichtsrat.

13/SVV/0254 Bebauungsplan SAN - P 16 Ausschuss für Stadtentwicklung und
"Stadterweiterung Nord" Bauen
Änderung des Aufstellungsbeschlusses Zustimmung 10:0:0
Erweiterung des Geltungsbereichs

13/SVV/0255 Bebauungsplan SAN - P 04 "Teilraum Ausschuss für Stadtentwicklung und
Block 12" Bauen
Aufhebung des Änderungsverfahrens des Zustimmung 11:0:0
Bebauungsplans

13/SVV/0281 Planungsrechtliche Grundlagen für die Ausschuss für Stadtentwicklung und
Erweiterung und Entwicklung der Bauen
Universität Potsdam am Standort Neues zurückgestellt
Palais

13/SVV/0282 Satzung über die Erhebung eines Ausschuss für Finanzen
Tourismusbeitrages in der zurückgestellt
Landeshauptstadt Potsdam

Hauptausschuss
zurückgestellt

Ortsbeirat Grube
Änderungsantrag einstimmig
angenommen:

Der Entwurf der

Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages (13/SVV/0282)

ist dergestalt zu ändern, dass die neuen Ortsteile (Grube, Marquardt, Satzkorn, Uetz, Golm, Fahrland, Groß-Glienicke) sowie alle Uferbereiche in diesen Bereichen (zB Wublitz) aus dem Geltungsbereich der Regelung ausgenommen werden.

13/SVV/0283 Finanzielle Beteiligung der Ausschuss für Finanzen
Landeshauptstadt am Ablehnung 0:5:2 des
Unterhaltungsaufwand der Stiftung Ergänzungsantrages der Fraktion
Preußische Schlösser und Gärten Berlin- Die Andere
Brandenburg (SPSG)

Ea Fraktion Die Andere vom 07.05.2013 Zustimmung 2:1:4 zur Vorlage mit
folgender Ergänzung:

.
.

Mit der Vorlage zur Genehmigung ist ein Rechtsgutachten anerkannter Verfassungs- und Verwaltungsrechtler einzuholen, das darüber Aussagen macht, ob eine solche finanzielle Beteiligung der LHP an der SPSG zulässig ist.

Hauptausschuss
Ablehnung des Ergänzungsantrages
der Fraktion Die Andere

Zustimmung zur Vorlage mit
folgender Ergänzung:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) eine Vereinbarung über die finanzielle Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam am Unterhaltungsaufwand in den im Potsdamer Stadtgebiet gelegenen Gärten und Parks der SPSG bis zu 1 Mio. Euro/Jahr, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2014 und zunächst befristet für 2 Jahre, zu verhandeln. Der Vertrag ist der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung vorzulegen.
2. **Die Vereinbarung zur Zahlung von maximal 1 Mio. Euro an die SPSG ist nicht nur für zwei Jahre, sondern für fünf Jahre abzuschließen. Zwingende Voraussetzung ist, dass die Beteiligung der Stadt nicht mehr als 1 Mio. € betragen darf.**
3. **Der Stadt ist ein Mitspracherecht zur Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel einzuräumen. Anzustreben ist ein Sitz im Stiftungsrat mit beratender Stimme.**
Jährlich ist jeweils im November von der Stiftung vor der Stadtverordnetenversammlung über die Verwendung der von der Stadt zur Verfügung gestellten Mittel zu berichten.
Die Mittel sind ausschließlich für die Pflege des Parks Sanssouci einzusetzen.

4. Mit der Vorlage zur Genehmigung ist ein Rechtsgutachten anerkannter Verfassungs- und Verwaltungsrechtler einzuholen, das darüber Aussagen macht, ob eine solche finanzielle Beteiligung der LHP an der SPSG zulässig ist.

Wiedervorlagen aus den Ausschüssen – Vorlagen der Fraktionen

- 12/SVV/0209 Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Ausschuss für Finanzen
Transparenz bei Beschlüssen mit zurückgestellt
finanziellen Auswirkungen
Hauptausschuss
zurückgestellt
- 12/SVV/0714 Kein Verkauf der Heidesiedlung
Hauptausschuss
zur Kenntnis genommen
nach Rücksprache in der Fraktion wird über den weiteren Umgang mit diesem Antrag informiert.
- 12/SVV/0730 Sanierung der Heidesiedlung
Hauptausschuss
zur Kenntnis genommen
Antragsteller sieht Anliegen als erledigt an.
- 13/SVV/0098 Externe Untersuchung zur Vergabe von Ausschuss für Gesundheit und
Eingliederungshilfen Soziales
zurückgestellt - *bis Oktober 2013 - auf Wunsch der antragstellenden Fraktion.*
Die Ausschussvorsitzende bittet um Verständigung zum weiteren Umgang mit dem Antrag in der SVV.
- 13/SVV/0136 Tourismusticket
Ausschuss für Finanzen
zurückgestellt
- 13/SVV/0176 Durchgang im Schäferfeld
Ausschuss für Finanzen
Zustimmung 4:2:0 mit folgender Änderung im letzten Satz des Beschlusstextes:
- ...
Über den Stand der Umsetzung wird die Stadtverordnetenversammlung **mit einem Zwischenbericht** in der Sitzung am 04.09.2013 informiert.
- Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen (ff)
Zustimmung 9:1:1
- 13/SVV/0178 Änderung der Satzung über die Hauptausschuss
Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse und Ortsbeiräte sowie der mit der ehrenamtlichen Tätigkeit betrauten Bürger der Landeshauptstadt Potsdam
Zustimmung 9:0:4

13/SVV/0183 Umsetzung Potsdam 22
Ea Fraktion Die Andere

Hauptausschuss
Zustimmung 12:3:1 mit folgender
Änderung:

Um eine zügige Umsetzung der Empfehlungen des Expertengremiums „Potsdam 22“ zu erreichen, werden in einem ersten Schritt folgende drei Schwerpunkte hervorgehoben:

1. Eine Positionierung der Stadtverordnetenversammlung zur Beförderung einer bundesgesetzlichen Mietrechtsänderung zu §§ 558, 559 BGB hinsichtlich einer wirksamen zivilrechtlichen Begrenzung von Mieten im Rahmen von Neuvermietungen. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, dazu bis zur Sitzung im **September 2013** einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen.
2. Bei der Vorbereitung von Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung, die zu einer Erhöhung der Betriebskosten führen können, ist ein Abgleich mit den aktuellen Wohnkosten vorzulegen. **Dazu soll bis Ende 2013 ein kontinuierliches Verfahren zur Fortschreibung der entstehenden Betriebskosten mit dem Wohnungsunternehmen verabredet werden.**
3. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, **in Vorbereitung eines wohnungspolitischen Konzeptes eine Zwischenbilanz zu bereits erprobten Maßnahmen und Instrumenten der Landeshauptstadt zur Unterstützung des Wohnungsbaus bis Dezember 2013 vorzulegen.**
4. **Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an das Land Brandenburg, von der in § 558 Abs. 3, Sätze 2 und 3 eingeräumten Ermächtigung für die Stadt Potsdam Gebrauch zu machen.**

13/SVV/0263 Angebot an Wohnraum für Studierende Hauptausschuss
erweitern Zustimmung 14:0:2

13/SVV/0270 Wohnungspolitisches Konzept für die LHP Hauptausschuss
Zustimmung 14:0:2

13/SVV/0203 Untersuchung zum fahrscheinlosen ÖPNV Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen
Zustimmung 10:0:1 mit folgender
Änderung:

Dazu ist der STVV im ~~Mai~~ **September 2013** ein Vorschlag zu unterbreiten.

~~Der Stadtverordnetenversammlung ist im November 2013 ein erster Bericht mit Vorschlägen zu konkreten weiteren Schritten zu erstatten.~~

Hauptausschuss
Zustimmung 15:1:0 zum geänderten
Beschlusstext des Ausschusses für
Stadtentwicklung und Bauen

13/SVV/0229 Weiterführung des Gestaltungsrates Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen
zurückgestellt

Hauptausschuss
zurückgestellt

13/SVV/0234 Laubentsorgung Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

zurückgestellt → 04.06.13

13/SVV/0246 Städtebauliches Gutachterverfahren an Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen
der Heinrich-Mann-Allee Bauen
Zustimmung 9:1:1 mit geänderter
Terminstellung:

Darüber ist dem SB-Ausschuss im ~~Juni~~ **Dezember** 2013 Bericht zu erstatten.

13/SVV/0248 Gastronomie in der Schiffbauer Gasse Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen
Bauen
Zustimmung 6:0:5

Hauptausschuss
Zustimmung 14:1:1

13/SVV/0249 Lustgarten - Annäherung an das Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen
historische Vorbild Bauen
zurückgestellt

Hauptausschuss
zurückgestellt

13/SVV/0264 Wahlalter 16 gut vorbereiten Hauptausschuss
zur Kenntnis genommen

13/SVV/0265 Zugang zum Zernsee Hauptausschuss
einstimmige Zustimmung

13/SVV/0269 Sportstättenanierung Ausschuss für Bildung und Sport
Zustimmung 6:1:3

Ausschuss für Finanzen
abgelehnt 1:4:2

Nicht öffentlicher Teil **Vorlagen der Verwaltung**

13/SVV/0230 Zustimmung zum Verkauf eines Ausschuss für Finanzen
Grundstücks in der Zeppelinstraße durch Zustimmung 5:0:2
die ProPotsdam GmbH

Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen (ff)
Zustimmung 8:0:2

13/SVV/0252 Vereinbarung über den Ausgleich von Hauptausschuss
Planungsaufwendungen Zustimmung 15:1:0

Anlage.1

Stellungnahme zur Satzung Entwicklungsbereich „Krampnitz“

Der Ortsbeirat Neu Fahrland befürwortet die Schaffung von Wohnraum im Norden Potsdams mit Entwicklung der Brache „Kaserne Krampnitz“, jedoch nicht über die Grenzen der ehemaligen Kaserne Krampnitz hinaus.

Begründung:

1. Es muss zuvor ein schlüssiges Verkehrskonzept entwickelt werden. Hierbei ist insbesondere zu klären, wie mit der zu erwartenden Überlastung der B2 umgegangen werden soll. Neben Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV müssen Möglichkeiten zum Bau einer Umgehungsstraße geprüft werden. Jeder Verkehrsteilnehmer, ob Fußgänger, Autofahrer, Radler oder Nutzer des ÖPNV, muss die Möglichkeit haben, als gleichberechtigter Partner im Straßenverkehr ungehindert sein Ziel zu erreichen.
2. Die Existenz ortsansässiger Betriebe darf nicht durch die Entwicklung eines neuen Baugebietes bedroht werden.
3. Das öffentliche Interesse, ausreichend Wohnraum bereitzustellen, kann auch **durch ausschließliche Entwicklung im Innenbereich der ehemaligen Kaserne erzielt** werden, beispielsweise indem die **geplante Anzahl freistehender Einfamilienhäuser durch eine größere Anzahl an Mehrfamilienhäusern** ersetzt wird. Hierdurch könnten außerdem mehr **Mietwohnungen** angeboten und der angespannte Wohnungsmarkt in Potsdam stärker entlastet werden.
a) indem die große Zahl an Freiraumflächen reduziert und durch eine etwas dichtere Bebauung ersetzt wird.
4. Es besteht ein hohes öffentliches Interesse daran, Denkmalpflege zu beachten. Im Gebiet rund um den Aasberg wurden archäologisch wertvolle Funde gemacht, die die Ausweisung eines schützenswerten Bodendenkmals zur Folge haben müssten, wie zum Beispiel Siedlungs- und Bestattungsplätze der Steinzeit, der vorrömischen Eisenzeit sowie ur- und frühgeschichtliche Siedlungen, außerdem Siedlungen des slawischen Mittelalters.
5. Landschaftsschutzgebiete sollen nicht zweckentfremdet für Wohnbebauung umgewidmet werden.
6. Es muss eine tragfähige und zukunftsfeste Infrastruktur geplant werden. Hierbei muss insbesondere den Forderungen nach guten Wohnbedingungen für junge Menschen und Familien sowie für Senioren gleichermaßen Rechnung getragen werden. Eine kinderfreundliche Umgebung mit ausreichenden Spiel- und Sportplätzen sowie Bildungseinrichtungen wie Kitas und Schule muss ebenso realisiert werden wie die Schaffung von barrierefreien Wohnungen, fußläufig erreichbaren Einkaufsstätten, Erholungsflächen mit Sitzbänken, Gastronomie und medizinischen Versorgungseinrichtungen.

Anlage 2

Stellungnahme des Ortsbeirates Fahrland zur DS 13/SVV/0253 - Satzung Entwicklungsbereich "Krampnitz":

Der Ortsbeirat Fahrland befürwortet, die Sanierung des Kasernengeländes Krampnitz durch die Landeshauptstadt Potsdam.

Die geplante Entwicklungsmaßnahme soll aber ohne Einbeziehung der landwirtschaftlichen Flächen am Südhang des Aasbergs in den Grenzen der ehemaligen Kasernenanlage umgesetzt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, die Beschlussfassung über die DS 13/SVV/0253 solange zurück zu stellen, bis die Voraussetzungen für die konkreten Planungen im Entwicklungsgebiet vorliegen. Hierzu zählen neben dem Masterplan für den Potsdamer Norden (DS 12/SVV/0469) insbesondere eine detaillierte Verkehrsauswirkungsanalyse und ein belastbares Konzept für eine individuelle und öffentliche Verkehrsanbindung des Standortes Krampnitz in den Raum Potsdam-Berlin-Spandau, eine detaillierte Prognoseuntersuchung über die Luftschadstoffe und Lärmauswirkungen durch die zusätzliche Nutzung in Krampnitz, die überarbeitete Schulentwicklungsplanung, die überarbeitete Sportentwicklungsplanung, die überarbeitete Einzelhandelsentwicklungskonzeption.

Begründung:

Der Bescheid der Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg muss beachtet werden. Die aus der Begründung zur DS 13/SVV/0253 erkennbaren Risiken können nach Auswertung der in der Stellungnahme genannten Planungsgrundlagen konkreter definiert werden.

KONSENSLISTE zur Tagesordnung der **54.** öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am **05. Juni 2013**

- | | | |
|------|--|--|
| 8.4 | Einsatz digitaler Medien in Potsdamer Schulen
13/SVV/0302 | Fraktion CDU/ANW
Konsensliste: überweisen B/Sp. |
| 8.8 | Änderung des Gesellschaftsvertrages der ProPotsdam GmbH
13/SVV/0312 | Oberbürgermeister, Bereich
Beteiligungsmanagement
(weiße Anlagen)
Konsensliste: überweisen HA |
| 8.10 | Änderung der Gesellschaftsverträge der Klinik Ernst von Bergmann Bad Belzig gemeinnützige GmbH und der Medizinischen Versorgungszentrum Bad Belzig GmbH
13/SVV/0314 | Oberbürgermeister, Bereich
Beteiligungsmanagement

weiße Anlagen
Konsensliste: überweisen HA |
| 8.11 | Jahresabschluss der Landeshauptstadt Potsdam zum 31. Dezember 2010 und Entlastung des Oberbürgermeisters
13/SVV/0315 | Oberbürgermeister;
Servicebereich Finanzen und
Berichtswesen
weiße Anlagen (2,4,5 – Druckerei
– Rest geliefert)
Konsensliste: überweisen alle
Fachausschüsse und OBR |
| 8.12 | Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Übergangseinrichtung "Wohnheim am Nuthetal" zur vorläufigen Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen und sonstigen Zugewanderten der Landeshauptstadt Potsdam
13/SVV/0316 | Oberbürgermeister, FB Soziales,
Gesundheit und Umwelt

Konsensliste: überweisen G/S
(ff), FA |
| 8.13 | Veränderung zentraler Versorgungsbereich "Nahversorgungszentrum Bornstedt Carree / Umgebung"
13/SVV/0317 | Oberbürgermeister; FB
Stadtplanung und
Stadterneuerung
weiße Anlagen
Konsensliste: überweisen SB |
| 8.14 | Bebauungsplan Nr. 80.2 "Rote Kaserne West/ nördlich Esplanade"
Beschluss zur erneuten Auslegung
13/SVV/0318 | Oberbürgermeister; FB
Stadtplanung und
Stadterneuerung
Konsensliste: überweisen SB |
| 8.16 | Buslinien 605 und 606
13/SVV/0323 | Fraktion Potsdamer Demokraten
Konsensliste: überweisen
KOUL |
| 8.21 | Untersuchung Regio-Stadtbahn Potsdam
13/SVV/0331 | Fraktion SPD, Bündnis 90/Die
Grünen
Konsensliste: überweisen HA,
KOUL |

- | | | |
|------|--|--|
| 8.22 | Einbruchsicherung von Haus und Wohnung
13/SVV/0335 | Fraktion CDU/ANW
Konsensliste: überweisen SB |
| 8.23 | Lüftungskonzept neue Grundschule
13/SVV/0338 | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Konsensliste: überweisen B/Sp. (ff), WA KIS |
| 8.25 | Weiterführung des jugend- und soziokulturellen Projektes "freiLand"

13/SVV/0340 | Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum
weiße Anlagen
Konsensliste: überweisen KA (ff), JHA |
| 8.30 | Bebauungsplan Nr. 7 "Nordufer Insel" (OT Neu Fahrland)
Abwägung und Satzungsbeschluss
13/SVV/0351 | Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
Konsensliste: überweisen SB, OBR Neu Fahrland |

Mitteilungsvorlagen:

- | | | |
|---------|---|---|
| 9.1 | Abrechnungsbericht zum Haushaltssicherungskonzept 2010
13/SVV/0320 | Oberbürgermeister; Zentrale Steuerungsunterstützung
Konsensliste: überweisen FA |
| 9.2 | Sportförderbericht des Jahres 2012

13/SVV/0342 | Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
Konsensliste: überweisen B/Sp. |
| 9.3 | Wohnungsunterbringungskonzept für asylsuchende und geduldete Personen
13/SVV/0344 | Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umweltschutz
Konsensliste: überweisen HA, G/S |
| 10.1.1 | Bürgerhaushalt 2010 - Rechenschaftsbericht

13/SVV/0319 | Oberbürgermeister; Zentrale Steuerungsunterstützung
Konsensliste: überweisen FA |
| 10.7.1 | Verband Kommunaler Krankenhäuser

13/SVV/0370 | Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz
Konsensliste: überweisen G/S |
| 10.10.1 | Kooperation mit Potsdam-Mittelmark im ÖPNV

13/SVV/0371 | Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
Konsensliste: überweisen HA |
| 10.11.1 | Ehrenamtspass mit Potsdam-Mittelmark

13/SVV/0354 | Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Konsensliste: überweisen HA |

nicht öffentlicher Teil:

- | | | |
|------|--|--|
| 13.1 | Grundstücksverkauf aus dem Treuhandvermögen beim Sanierungsträger Potsdam GmbH, Grundstück im Sanierungsgebiet "2. Barocke Stadterweiterung"
13/SVV/0333 | Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
Konsensliste: überweisen FA |
|------|--|--|

Tagesordnungspunkte der 54. öffentlichen / nicht öffentlichen Sitzung der StVV, die zurückgestellt, zurückgezogen oder durch Verwaltungshandeln erledigt sind:

- | | | |
|------|--|--|
| 5.11 | Planungsrechtliche Grundlagen für die Erweiterung und Entwicklung der Universität Potsdam am Standort Neues Palais
13/SVV/0281 | Oberbürgermeister, FB
Stadtplanung und
Stadterneuerung
Ea Fraktion Die Andere
zurückgestellt - fehlt Votum SB |
| 5.12 | Satzung über die Erhebung eines Tourismusbeitrages in der Landeshauptstadt Potsdam
13/SVV/0282 | Oberbürgermeister,
Wirtschaftsförderung
zurückgestellt – fehlt Votum FA, HA |
| 6.1 | Änderung der Geschäftsordnung - Mehr Transparenz bei Beschlüssen mit finanziellen Auswirkungen
12/SVV/0209 | Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP
zurückgestellt – fehlt Votum FA, HA |
| 6.2 | Kein Verkauf der Heidesiedlung
12/SVV/0714 | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Antragsteller fragen, ob erledigt |
| 6.3 | Sanierung der Heidesiedlung
12/SVV/0730 | Fraktion Die Andere
mit BE im HA - erledigt |
| 6.5 | Tourismusticket
13/SVV/0136 | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zurückgestellt – fehlt Votum FA |
| 6.12 | Weiterführung des Gestaltungsrates
13/SVV/0229 | Fraktion Die Andere
zurückstellen – fehlt Votum SB und HA |
| 6.16 | Lustgarten - Annäherung an das historische Vorbild
13/SVV/0249 | Fraktion FDP
zurückstellen – fehlt Votum SB und HA |